

Progressive Zionisten

Autor(en): **Merchav, Peretz / Zeller, Dieter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **50 (1971)**

Heft 11

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338422>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Progressive Zionisten

Vorwort

Vor kurzem ist Abdul Aziz Zuabi, ein christlicher Araber aus Nazareth, zum stellvertretenden Gesundheitsminister Israels ernannt worden. Dass der bisher ranghöchste Araber im jüdischen Staat der linkssozialistischen Mapam-Partei angehört, ist nicht ganz zufällig, denn es gibt wohl keine zweite, sich ausdrücklich zum Zionismus bekennende politische Organisation, die sich seit der Gründung des Staates Israel und schon vorher so intensiv mit den Fragen des Zusammenlebens von Juden und Arabern beschäftigt hat, wie die Mapam. Sie war auch lange Zeit die einzige zionistische Partei, die gemischte jüdisch-arabische Sektionen gekannt hat. Vor der Staatsgründung trat sie (oder vielmehr ihre Vorgängerin, die Jugend- und Pionierbewegung Haschomer Hazair) für einen binationalen palästinensischen Staat ein, also für eine staatliche Organisationsform, wie sie heute – zumindest nach aussen – von den Vertretern einiger palästinensischer Guerilla-Organisationen gefordert wird. Welche Gründe die Mapam später bewogen haben, das binationale Konzept aufzugeben und weshalb es ihr auch heute nicht möglich ist, auf den alten Plan zurückzukommen, zeigt der nachstehende Aufsatz aus der Feder von Peretz Merchav, einem ihrer Ideologen und dem Leiter ihres internationalen Büros.

Trotzdem die Mapam-Partei an der israelischen Regierung teilhat und somit gewissermassen zum Establishment gehört (sie stellt zwei Minister), trotzdem sie bereits bei den letzten Parlamentswahlen von 1969 sogar eine gemeinsame Liste mit der sozialdemokratisch orientierten israelischen Arbeiterpartei aufstellte, wird sie in wirklich unabhängigen marxistischen Kreisen – auch des Auslands – als progressive Linksorganisation anerkannt (während leider die offiziellen Vertreter des Sowjetkommunismus nicht müde werden, sie als «pseudosozialistisch», weil zionistisch, anzuprangern). Die vielleicht bedeutendste Würdigung in neuester Zeit erfuhr sie im November vergangenen Jahres anlässlich der Amtseinsetzung des chilenischen Staatspräsidenten Salvador Allende. Der erste freigewählte marxistische Staatsherr empfing damals den politischen Sekretär der Mapam, Naftali Feder, trotz seinem ausgefüllten Arbeitsprogramm in Audienz und unterhielt sich über 40 Minuten mit ihm, länger als mit den Delegationen anderer Linksparteien, unter anderem auch derjenigen der KPdSU. Allende, der den Zionismus schon vor seiner Wahl als authentische nationale Bewegung der Juden bezeichnete, ist sich eben der Tatsache wohlbewusst, dass es in jeder ideologischen Strömung, die ein ganzes Volk umfasst, sowohl reaktionäre als auch progressive Elemente gibt. Ganz im Gegensatz zu einigen Vertretern der Neuen Linken, die den Zio-

nismus undifferenziert als «imperialistisch» oder gar «faschistisch» verurteilen.

Dieter Zeller

Der «binationale Staat». Was heisst das?

Ein binationaler Staat ist nicht daran erkennbar, dass zwei Nationen (im Falle Israel/Palästina Araber und Juden) zusammen leben, sondern vielmehr durch die politischen und verfassungsmässigen Folgerungen, die sich aus einer solchen Lage ergeben. Kann sich doch eine binationale Lage auch darin widerspiegeln, dass eine nationale Minderheit von einer Mehrheit innerhalb eines Staates unterdrückt wird, dem die Mehrheit ihren Stempel aufdrückt und als den ihrigen ansieht, und in dem sie tut, was ihr beliebt. In einem solchen Falle haben wir es zwar mit einer binationalen Lage, jedoch mit einem mononationalen Staat zu tun. Ein solcher kann durchaus auch ein aufgeklärter Staat sein, welcher der anderen Nationalität volle Minderheitsrechte gewährt. Ein *binationaler* Staat hingegen ist ein *gemeinsamer Staat*, der erklärterweise, formell, rechtlich und verfassungsmässig zwei Nationen in nationaler Gleichheit enthält. Diese sind gleichberechtigt bei der Besetzung der Regierung, bei der Verteilung der Schlüsselpositionen und repräsentativen Funktionen. Ein binationaler Staat ist demnach auf volle nationale Gleichberechtigung begründet sowie auf gegenseitige Übereinstimmung in bezug auf seine Gründung und seine Verfassung.

Verzerrter «Binationalismus»

Zum Beispiel könnte die Annektion von Territorien, in denen ungefähr eine Million Araber wohnen und welche nicht mit deren Einverständnis, sondern durch militärische Gewalt und politischen Zwang erfolgte (wie suggeriert von einer chauvinistischen Minorität der israelischen öffentlichen Meinung), Israel nicht in einen binationalen Staat verwandeln. Es bliebe ein mononationaler jüdischer Staat mit einer grossen und wachsenden arabischen Minorität, welche weiterhin hartnäckig für ihre Befreiung von dieser ihr aufgezwungenen Annektion kämpfen würde, während die jüdische Majorität versuchen würde, dies (oder die Möglichkeit, dass die Minorität eine Majorität würde . . .) mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, zu verhindern. So entstünde eine Situation der Spannung und der Unstabilität, welche sowohl die Anziehungskraft des Staates für eine jüdische Immigration als auch die Hoffnung auf den Aufbau eines demokratischen und fortschrittlichen Regimes auf das äusserste gefährden würde.

Das gleiche gilt für die in gewissen linken Kreisen des Auslandes kursierende Legende, dass El Fatach oder ähnliche mit ihr rivalisierende Organisationen den Wunsch hegen, einen binationalen palästinensischen Staat ins Leben zu rufen. Diese Legende beruht auf von El-Fatach-Sprechern an ausländische Journalisten gegebene Interviews, mit denen man

sich Sympathien in linken Kreisen zu verschaffen sucht, auf deren Denken und Ideologie man seine Propaganda abstellt. Solche Darstellungen der Position El Fatachs stehen jedoch im Widerspruch zum eigenen und autoritativen veröffentlichten Programm (und zu den Programmen ihrer rivalisierenden «Fronten»). Aus den sieben Punkten ihres Programms pflegen die El-Fatach-Propagandisten immer nur den fünften für den ausländischen Gebrauch zu zitieren. Er lautet: «Die palästinensische Freiheitsbewegung El Fatach verkündet feierlich, dass das Endziel ihres Kampfes in der Wiederherstellung eines unabhängigen demokratischen Staates Palästina besteht, all dessen Bürger, gleich welcher Religion, gleiche Rechte genießen sollen.» Dabei wird wohlweislich jedoch der Punkt sechs des Programms verschwiegen und die Katze im Sack belassen. Dieser Punkt lautet: «Da Palästina einen Teil der arabischen Heimat bildet, wird die nationale Freiheitsbewegung El Fatach darauf hinwirken, dass der palästinensische Staat aktiv zur Errichtung einer fortschrittlichen und geeinten arabischen Gesellschaft beiträgt.» (Aus der «Erklärung der Palästinensischen Nationalen Befreiungsbewegung» vom Januar 1969, veröffentlicht am 8. Mai 1969 in «Tribune Socialiste», Paris.)

Mit anderen Worten: El Fatach und ihre Rivalen wollen einen palästinensisch-arabischen Staat als «Teil der arabischen Heimat» und auf den Ruinen des Staates Israel errichten, ohne den jüdischen Einwohnern auch nur den Status einer *nationalen Minderheit zu versprechen* (im übrigen würde auch dadurch noch lange keine Binationalität hergestellt werden).

Zum Abschluss: Unabhängig von der Glaubwürdigkeit von Versprechungen über den «demokratischen Charakter» des Staates und die «faire Behandlung» nationaler Minderheiten, könnten weder ein («demokratisches») «Gross-Israel» noch ein («demokratisches») «Gross-Palästina» als binationale Staaten betrachtet werden.

Rückblick in die Vergangenheit

Es ist nützlich, sich zurückzubedenken sowohl auf die politischen und historischen Hintergründe, unter denen die «Arbeiterpartei Haschomer Hazair» (die Vorläuferin der «Mapam») in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre mit ihrem Plan eines binationalen Staates an die Öffentlichkeit trat, als auch darauf, was dieser Plan tatsächlich meinte und bedeutete. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als das in Aussicht stehende Ende des britischen Mandats über Palästina die Notwendigkeit schuf, die Struktur eines Staates zu bestimmen, der imstande sein sollte, an die Stelle des Mandats zu treten; in jenen Tagen der Debatte innerhalb der Zionistischen Weltbewegung und der jüdischen Gemeinschaft in Palästina über die «Teilung» oder «Errichtung eines Jüdischen Commonwealth in Palästina» («Biltmore Programm») – entwickelte Haschomer Hazair einen eigenen Alternativplan. Dieser Plan schlug die Schaffung eines binationalen Staates vor, welcher sowohl ein Übereinkommen als auch eine Garan-

tie voraussah für eine kontinuierliche und ungestörte jüdische Einwanderung, entsprechend der ökonomischen Kapazität des Landes, und das Recht auf Gründung neuer jüdischer Siedlungen im ganzen Land, überall, wo Grund und Boden erworben werden konnte, ohne die existierende arabische Bevölkerung zu schädigen. Gleichzeitig sollte er die kontinuierlichen und ungestörten Bindungen der palästinensischen Araber mit der arabischen Welt und der Nationalen Arabischen Bewegung für kulturelle Renaissance, politische Unabhängigkeit und sozialökonomische Entwicklung garantieren. Mit anderen Worten: nicht durch «nationale Kastrierung» der jüdischen und arabischen Bestandteile des binationalen palästinensischen Staates, sondern durch ein beiderseitiges Übereinkommen, politisch und konstitutionell, welches die volle nationale Gleichheit, unabhängig von der zahlenmässigen Stärke der nationalen Vertragspartner beinhaltete, gleichzeitig aber jedem von ihnen ihre echten nationalen Aspirationen und Ziele zugestand (und nicht deren verzerrte und grössenwahnsinnige Abart).

So versuchte der Haschomer Hazair eine prinzipielle und konkrete Antwort auf das Problem der jüdisch-arabischen Koexistenz und Beziehungen zu geben, ohne dabei weder irgendein Ziel des echten Zionismus aufzugeben noch die Anerkennung der nationalpolitischen Rechte des benachbarten Volkes zu ignorieren beziehungsweise dieser Frage auszuweichen. Nach der Meinung des Haschomer Hazair war dieses der einzige Weg, einer Teilung des Landes vorzubeugen, und enthielt zum mindesten eine Chance, eine jüdisch-arabische Konfrontation, das heisst einen jüdisch-arabischen Krieg, zu vermeiden. Weiter muss daran erinnert werden, dass die arabisch-palästinensische Führerschaft, gemeinsam mit den arabischen Regierungen, diese Lösung, ebenso wie die Alternativlösung der Teilung, *zurückwiesen*, mit dem Anspruch, dass das *ganze Palästina* als ein arabisch-palästinensischer («demokratischer») Staat zu gründen sei, und dass die Majorität der jüdischen Einwohnerschaft Palästinas, ebenso wie die zionistische Weltbewegung, obige Alternative *zurückwiesen*, sie als unausführbar und utopisch betrachtend, angesichts der intransigenten arabischen Opposition zum Zionismus, und zu jeglicher arabisch-jüdischen Koexistenz oder Kompromiss. Und so blieb keine Alternative übrig als die Teilung des Landes und die Gründung zweier separater und souveräner Staaten, eines jüdischen und eines arabisch-palästinensischen.

Tatsachen und Lehren

Fasst man die Hauptfakten, die mit obiger Episode verbunden sind, soweit sie für die Gegenwart relevant sind, zusammen, muss man folgendes feststellen:

1. Der obige Plan zielt nicht auf die *Auflösung irgendeines bestehenden Staates*, weder eines jüdischen noch arabischen, sondern auf die Beendigung einer Fremdherrschaft, nämlich die des britischen Mandats. Er war

gedacht als eine Alternative zur Gründung entweder eines jüdischen («demokratischen») Staates im Gesamtgebiet Palästinas oder eines arabischen («demokratischen») Staates in demselben Gebiet oder schliesslich als Alternative zur «Teilung» beziehungsweise zur Gründung zweier selbständiger, getrennter Nationalstaaten innerhalb Palästinas.

2. Der obige Plan konnte und wollte nicht darauf hinzielen, eine binationale Koexistenz innerhalb eines Staates zu *erzwingen*, weder durch Gewaltanwendung einer Nation gegenüber der anderen oder von seiten eines dritten, internationalen Faktors, sondern ausschliesslich durch ein direktes und freies gegenseitiges Übereinkommen der beiden nationalen Bewegungen (eventuell gutgeheissen und garantiert durch internationale Faktoren).

3. Dieser Plan setzte sich keinerlei «*Dezisionisierung*» der jüdischen Komponente noch irgendeine «*Desarabisierung*» der arabischen Komponente des binationalen Staates zum Ziel, sondern war auf der Prämisse begründet, dass die Realisierung der vernünftigen nationalen Aspirationen sowohl der Juden als auch der Araber vereinbar sei.

4. Der Plan wurde nicht *nach drei Kriegen* (das heisst in der Situation, in der wir uns heute befinden) vorgelegt, sondern *vorher*, oder genauer gesagt, um diese zu *verhindern*.

5. Rückblickend müssen wir feststellen, dass die Achillesferse des binationalen Planes des Haschomer Hazair in den vierziger Jahren nicht der eine oder andere Punkt desselben war, ebensowenig wie die Komplikationen, die in der praktischen Durchführung zu erwarten waren, sondern die Tatsache, dass bereits vor dem Krieg von 1948 die gesamte Atmosphäre überschattet war von einem Gefühl der Unvermeidbarkeit einer sich nähernden militärischen Entscheidung; dass deshalb eine überwiegende Majorität auf beiden Seiten sich der Annahme dieses Planes widersetzte, da die These der Unvereinbarkeit der jüdischen und der arabischen nationalen Befreiung von einer überwiegenden Majorität auf beiden Seiten akzeptiert wurde.

Die Unmöglichkeit, Pläne aus den historischen Archiven auszugraben

Jede nüchterne Analyse historischer Erfahrungen im Mittleren Osten oder anderswo muss uns zum Schlusse führen, dass übernationale Lösungen und Rahmenabkommen, selbst wenn sie objektiv und logisch gerechtfertigt und empfehlenswert sind, nur dann durchführbar sind, wenn man zuerst die nationalen Aspirationen aller Betroffenen realisiert, und zwar dadurch, dass man zuerst alle Möglichkeiten, die der souveräne nationale Rahmen bietet, völlig erschöpft. Erst anschliessend bietet sich eventuell eine Chance, die Majorität der Bevölkerung davon zu überzeugen, dass übernationale (und in unserem Falle binationale) Übereinkommen nicht den nationalen Interessen *widersprechen*, sondern diese *ergänzen*, und dass vereinbarte und freiwillige selbstauferlegte Begrenzungen der natio-

nationalen Souveränität nicht in der Absicht erfolgen, Rechte zu *verweigern*, sondern neue und vitale *hinzuzufügen*. In diesem Zusammenhang wird es eines der hauptsächlichsten politischen Ziele und Verpflichtungen der progressiven Kräfte sein, innerhalb des nationalen Rahmens diesen Punkt zu unterstreichen und für dessen Annahme zu kämpfen. Dieses Ziel kann jedoch einzig durch Überzeugung, Erziehung, verstandenes Selbstinteresse, freie Übereinkommen und aufrichtige Gleichheit erreicht und somit niemals aufgezwungen werden und erst nach Überwindung der existierenden bedeutenden Differenzen in der ökonomischen, politischen und militärischen Stärke, damit nicht die Begrenzung nationaler Souveränität als *Manipulation* interpretiert (oder sogar nachgewiesen) werden kann, um den schwächeren Partner um seine nationale Souveränität zu betrügen. Deshalb können übernationale Übereinkommen und Rahmen nur allmählich, stufenweise, gegründet und konsolidiert werden, so zum Beispiel durch fortlaufende ökonomische Kooperation, politische Koordination, Konföderation usw.

Jedenfalls ist es unmöglich, aus dem historischen Archiv einen Plan auszugraben, der unter spezifischen Umständen geformt wurde und der versuchte, Probleme zu lösen, die *damals* existierten, und ihn für eine Situation zu adoptieren, die völlig *verschieden* ist. Obwohl es (wie im Falle *Zypern*) binational-staatliche Abkommen gegeben hat, die zum Zwecke einer verabredeten Überführung von Fremdherrschaft zur Unabhängigkeit konzipiert worden waren und Einschränkungen in der Souveränität eines jeden der beteiligten Völker beinhalteten, oder in *Palästina* zur Zeit der Beendigung des britischen Mandats, als – objektiv gesehen – Chancen für ein ähnliches Abkommen vorhanden waren, ist es eine Unmöglichkeit sich vorzustellen, dass ein bestehender souveräner Staat wie der Staat Israel seine Souveränität freiwillig aufgeben würde durch Integration in einen binationalen palästinensischen Staat (selbst wenn wir, um des Argumentes willen, voraussetzen, dass der andere nationale Partner gewillt ist, zu einem Übereinkommen zu gelangen auf der Basis des seinerzeitigen Haschomer-Hazair-Planes und nicht lediglich als ein Mittel, *sich der Existenz eines souveränen jüdischen Staates zu entledigen*, die Bindungen der jüdischen Gemeinschaft in diesem «demokratischen Palästinensischen Staat» zur Judenheit der Welt abzuschneiden, zur selben Zeit jedoch auf die Unterstützung der umgebenden arabischen Welt zu zählen). Es existiert daher kein wahrnehmbarer Grund oder keine Chance, dass der Staat Israel einen derartigen nationalen Selbstmord begehen würde, und alle Träume oder Slogans dieser Art sind ein ziemlich armer und magerer Ersatz für einen konkreten und positiven Plan, eine friedliche Koexistenz durch allmähliche Annäherung, mit konföderativen Perspektiven und binationalen Möglichkeiten zu etablieren. Selbst wenn Israel aus irgendwelchen unvorstellbaren Gründen solch einem Schema zustimmen würde (und abermals, wenn es nicht nur die Etablierung eines

kamouflierten arabisch-palästinensischen Staates bedeuten würde), könnte es den palästinensischen Arabern nicht als Ersatz oder Alternative für ihre (berechtigten) nationalen Aspirationen dienen, nämlich der Gründung eines eigenen arabisch-palästinensischen Staates, Seite an Seite mit dem Nachbarstaat Israel, in Koexistenz und wachsender Kooperation mit diesem. So lange die Palästinenser keinen eigenen Staat haben, ist jede binationale Lösung – suggeriert von ihnen selbst, für sie oder «in ihrem Interesse», entweder naiv und kurzsichtig oder eine leere Losung und billige Propaganda. Unter den gegenwärtigen Umständen – mit dem Staate Israel einerseits und einem arabischen Staat mit einer palästinensischen Mehrheit in Jordanien andererseits und mit all dem, was die Juden und die Palästinenser in den vergangenen 23 Jahren durchgemacht haben – ist heute der einzige passende politisch-legale Ausdruck der Idee des Binationalismus das Streben nach einer friedvollen Koexistenz, Kooperation und Konföderation zwischen den zwei benachbarten souveränen Nationalstaaten auf der Basis von Gleichheit. Oder mit anderen Worten, die aktuelle Bedeutung der Idee des Binationalismus ist eine «bi-staatliche» Lösung innerhalb der gemeinsamen historischen Heimat, mit der sowohl das jüdische als auch das arabisch-palästinensische Volk tief verwurzelte Bindungen hat und auf das beide Völker legitime und gleiche Anrechte haben.

Neuerscheinungen beim Verlag Marxistische Blätter

Frankfurt am Main

Jutta von Freyberg Kurt Szeinhaus
**Dokumente und Materialien der
vietnamesischen Revolution**

Band 1 und 2, 335 Seiten, br. Fr. 7.60

Robert Farle Peter Schöttler
**Chinas Weg — Marxismus oder
Maoismus**

170 Seiten, br. Fr. 9.50

Angola — Guinea — Moçambique

152 Seiten, br. Fr. 9.50

G. Sprigath K. Steinhaus
Indochina

129 Seiten, br. Fr. 6.30

Walter Schellenberg

Wie lese ich «Das Kapital»?

154 Seiten, br. Fr. 5.—

W. I. Lenin Karl Liebknecht

Militarismus — Antimilitarismus

206 Seiten, br. Fr. 5.—

Walter Hollitscher

Aggression im Menschenbild

Marx, Fred, Lorenz

178 Seiten, mit vielen Illustrationen,
br. Fr. 12.—

Buchhandlung Genossenschaft

Literaturvertrieb, 8004 Zürich,

Cramerstrasse 2/Ecke Zweierstrasse

(3 Minuten vom Stauffacher —

hinter Eschenmoser)

Tel. 01 / 39 85 12 und 39 86 11